

BESCHLUSSBUCH

**AUSSERORDENTLICHE
MITGLIEDERVERSAMMLUNG**

2025



**JUSOS
MÜNSTER**

1 **Inhaltsverzeichnis**

2 **A1 Einführung einer „Kummerbank“ an jeder Kita und jeder Schule in Münster3**

3 **A2 Hoch die Internationale Solidarität mit der Wissenschaft!5**

4 **A3 Klare Positionierung der Bundesregierung zum Wiederaufbau Syriens9**

5 **A4 Opfern von Sexualverbrechen in der Nebenklage sollte von Amts wegen ein**

6 **Anwalt zugeordnet werden. 11**

7 **A5 Wahlrecht erweitern – Demokratie stärken 17**

8 **A6 Wohnraum statt Rendite: Leerstand darf kein Geschäftsmodell sein!..... 20**

9 A1 Einführung einer „Kummerbank“ an jeder Kita und jeder Schule in 10 Münster

Antragsteller: Janek Smykalla

11 **Beschlussvorschlag:**

12 Die Jusos fordern die zuständigen kommunalen Träger sowie die Landesregierungen auf,
13 flächendeckend an allen Kitas und Schulen eine sogenannte „**Kummerbank**“ zu installieren –
14 alternativ auch als „*Zuhörbank*“ benennbar. Diese Bank soll als niedrigschwelliges Signal für
15 Kinder dienen, die sich traurig fühlen, gemobbt werden oder einfach ein Gespräch benötigen.
16 Die Einführung soll durch pädagogische Begleitmaßnahmen flankiert werden, um eine
17 sinnvolle Nutzung sicherzustellen.

18 **Hintergrund:** Jedes Kind hat das Recht, gesehen und gehört zu werden.

19 Doch nicht alle Kinder finden die Worte oder den Mut, um aktiv auf eine Lehrkraft oder
20 Erzieher:in zuzugehen, wenn sie traurig sind, sich ausgeschlossen fühlen oder Probleme
21 erleben. Gerade in frühen Lebensphasen fehlen oft noch die sprachlichen oder emotionalen
22 Mittel zur Selbsthilfe.

23 Eine „Kummerbank“ ist ein sichtbar gekennzeichnete Ort auf dem Schul- oder Kitagelände.
24 Sie bietet hier eine einfache und zugleich kraftvolle Möglichkeit: Kinder setzen sich dort hin
25 und signalisieren damit, dass sie jemanden zum Reden brauchen. Dies ist ein stiller, aber
26 klarer Hilferuf und eine Einladung an Mitschüler:innen und pädagogisches Personal, achtsam
27 zu reagieren.

28 Zahlreiche Studien und Erfahrungen aus der pädagogischen Praxis zeigen, wie wichtig
29 niedrigschwellige Strukturen zur emotionalen Unterstützung von Kindern sind. Die
30 „Kummerbank“ kann ein sichtbares Zeichen für eine empathische Schulkultur sein – und damit
31 Mobbing vorbeugen, Einsamkeit verringern und den sozialen Zusammenhalt stärken.

32 Der gesellschaftliche Bedarf ist offensichtlich: Kinder stehen zunehmend unter seelischem
33 Druck, und der Bedarf an psychischer Gesundheitsförderung im Bildungsbereich wird seit
34 Jahren betont. Gerade weil strukturelle Reformen wie der Ausbau der Schulsozialarbeit oft
35 schleppend verlaufen, braucht es pragmatische, schnell umsetzbare Ergänzungen, die im
36 Alltag sofort greifen können. In Zeiten von digitalen Medien und immer höher werdenden
37 Bildschirmzeiten von Kindern, sind reale Kontakte und Gespräche so wichtig, wie noch nie.
38 Kinder brauchen Anreize, um offen über ihre Gefühle und Bedürfnisse in der realen Welt zu
39 sprechen – und das am besten noch am Ort des Geschehens. Die Schule bietet neben dem
40 zu Hause den Ort, an dem die größten Konflikte im Leben eines Kindes entstehen. Die

41 Maßnahme ist mit minimalem Aufwand realisierbar – ein einfacher Sitzplatz, ein Schild, eine
42 kurze pädagogische Einführung – und zugleich symbolisch stark. Sie sendet ein wichtiges
43 Signal: *Kein Kind soll mit seinen Sorgen allein bleiben*. Die Stadt Münster versteht sich zurecht
44 als kinderfreundliche Kommune. Wir als Genossinnen und Genossen haben einen
45 übergeordneten sozialpolitischen Auftrag. Mit der flächendeckenden Einführung einer
46 Kummerbank an allen Bildungseinrichtungen würde Münster ein sichtbares Zeichen setzen:
47 für ein achtsames Miteinander, für gelebte Solidarität – und für eine Bildungspolitik, die das
48 emotionale Wohl von Kindern genauso ernst nimmt wie ihre Noten.

49 **A2 Hoch die Internationale Solidarität mit der Wissenschaft!**

Antragsteller*innen: Antonia Miersch, Liam Demmke

50 Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisches Grundrecht. Sie fällt nicht vom Himmel. Sie muss
51 politisch verteidigt, finanziell ermöglicht und international solidarisch gelebt werden.

52 Aktuell erleben wir weltweit einen gefährlichen Trend: Autoritäre Regierungen und rechte
53 Parteien greifen gezielt die Freiheit von Forschung und Lehre an. Der Angriff auf die
54 internationale Wissenschaft ist ein Angriff auf die internationale Solidarität, denn der
55 internationale Austausch als Grundpfeiler einer gerechteren Welt wird geschwächt.

56 **Wer die Universitäten kontrolliert, kontrolliert die Zukunft**

57 Die Vereinigten Staaten von Amerika schränken derzeit gezielt die Wissenschafts- und
58 Studierfreiheit ein, um ihre rechte Rückschrittspolitik kritiklos durchzusetzen. Trump will die
59 Forschung und die Universitäten kontrollieren. In seinen Augen sind Universitäten in den USA
60 zu links - und was gerade passiert ist seine persönliche Strategie, ein Amerika der
61 Rechtskonservativen aufzubauen. Durch restriktive Visa-Regelungen für ausländische
62 Wissenschaftler*innen, die teilweise ganz ausgesetzt werden. Auch erschwert die Regierung
63 durch ihre massiven Kürzungen bei Fördermitteln für Universitäten den internationalen
64 Austausch. Außerdem zwingt Trump die Universitäten auf diesem Wege, ihre Programme für
65 Inklusion und Vielfalt einzustellen. Dass die Streichung der Fördermittel vor allem die
66 Forschung zu Infektionskrankheiten, Geschlechter- und Klimaforschung betrifft, ist kein Zufall
67 und stellt ein beispielloses Rollback der Wissenschaftsfreiheit dar.

68 Die Folgen treffen nicht nur die USA. Auch deutsche Hochschulen und globale
69 Wissenschaftsnetzwerke geraten unter Druck. Besonders hart trifft es Studierende aus dem
70 globalen Süden. Sie sind auf internationale Mobilität angewiesen, weil es in ihren
71 Herkunftsländern an Finanzierung oder politischer Freiheit für ein selbstbestimmtes Studium
72 fehlt. Als Wissenschaftsstandort mit internationaler Strahlkraft müssen wir handeln – nicht
73 neutral, nicht als Profiteur der US-amerikanischen Abschottung, sondern solidarisch.

74 **Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zwischen Exzellenz und Prekariat**

75 Gleichzeitig brennt es vor der eigenen Haustür. Bereits in den letzten Jahren wurde an den
76 Hochschulen gespart. Die Hochschulfinanzierung ist lückenhaft. Die Grundfinanzierung macht
77 zwar rund 75 Prozent des Budgets aus, reicht aber nicht aus. Der Rest kommt über Drittmittel.
78 Universitäten erhalten diese meist vom Staat, Fachhochschulen zunehmend von privaten
79 Geldgebern. Fächer mit vielen Drittmitteln – wie Medizin, Chemie oder Physik – werden
80 bevorzugt. Geistes- und Sozialwissenschaften geraten ins Hintertreffen. Und aktuelle Konflikte

81 zeigen, dass selbst vermeintlich randständige Kleinst-Studiengänge wie die Osteuropastudien
82 essenziell sein können – wenn plötzlich Expertise über Länder wie die Ukraine gefragt ist. Die
83 Finanzierung folgt ökonomischer Logik. Auch innerhalb der Grundfinanzierung zählt Quantität
84 mehr als Qualität: Abschlüsse statt guter Lehre.

85 In Nordrhein-Westfalen plant die Landesregierung nun weitere massive Kürzungen. Die
86 Hochschulen sollen breit aufgestellt und zugleich exzellent sein und mit weniger Mitteln mehr
87 leisten.

88 Ab 2026 sollen 255 Millionen Euro bei der Grundfinanzierung gestrichen werden. Diese
89 Kürzungen bedrohen Lehre, Forschung und Arbeitsplätze.

90 Die Universität Münster zeigt exemplarisch, wie schlecht es um die Hochschulfinanzierung
91 steht. Seit 2012 wächst die Uni: mehr Studierende, mehr Personal, mehr Mittel. Gleichzeitig
92 entsteht ein strukturelles Defizit von 15 Millionen Euro pro Jahr. Öffentliche Fördermittel sinken,
93 Bau- und Energiekosten steigen. Kommen die Landeskürzungen dazu, fehlen zusätzlich 10
94 Millionen Euro jährlich.

95 Die Leitung reagiert mit harten Sparmaßnahmen. Geplant sind Einschnitte von zehn Prozent
96 bei zentralen Einrichtungen wie ULB, Hochschulsport, Career Service, Studienberatung oder
97 International Office. Gerade diese Strukturen brauchen benachteiligte Gruppen besonders
98 dringend. Auch in den Fachbereichen drohen Kürzungen – durch weniger Professuren,
99 gekürzte Seminare und schlechtere Lehre. Studentische Hilfskräfte trifft es als erstes. Doch
100 sie sichern Tutorien, Übungen und AGs – also genau die Räume, in denen gemeinsames
101 Lernen funktioniert.

102 Bis zu acht Prozent der Stellen könnten wegfallen. Prekäre Arbeitsbedingungen und befristete
103 Verträge wären weiter die Regel, nicht die Ausnahme. Die Qualität der Lehre würde durch
104 überfüllte Seminare, schlechtere Betreuungsschlüssel und weniger individuelle Unterstützung
105 weiter sinken.

106 All das ist politisch widersprüchlich und ein Angriff auf die ohnehin ungerechte
107 Bildungslandschaft. Als Sozialist*innen verteidigen wir ein anderes Bildungsverständnis.
108 Bildung ist für uns keine Verwertungsmaaschine, sondern demokratisches Versprechen. Die
109 Sozialdemokratie hat sich zu oft in der neoliberalen Logik von Aufstieg und Verwertung verirrt.
110 Doch Bildung darf kein Privileg für die sein, die zufälligerweise im Kapitalismus gut
111 zurechtkommen. Denn wo Menschen aus gesellschaftlicher Teilhabe entlassen werden,
112 greifen rechte Parolen. Und in Zeiten, in denen die Autoritären Hochschulen und Wissenschaft
113 weltweit einschränken, darf in NRW finanzielle Kürzung nicht die Antwort sein.

114 Strukturelle Hindernisse für internationale Wissenschaft in Deutschland

115 Auch bundesweit bleibt viel Stückwerk. Das neue Einwanderungsgesetz schafft zwar neue
116 Möglichkeiten, doch in der Praxis bleiben viele Barrieren: Anerkennungsverfahren von
117 Abschlüssen und Studienleistungen dauern zu lange. Orientierung fehlt. Bezahlbarer
118 Wohnraum ist knapp. Auf dem Wohnungsmarkt erleben viele Diskriminierung. Ein BAföG-
119 System, das längst nicht mehr zum Leben reicht – besonders für internationale Studierende
120 ohne Rücklagen oder mit unsicheren Stipendien. Hinzu kommen befristete Arbeitsverträge in
121 der Wissenschaft, fehlende Planungssicherheit und kaum realistische Bleibeperspektiven
122 nach dem Studium.

123 Gerade Studierende, die auf sichere Strukturen, finanzielle Unterstützung und faire Verfahren
124 angewiesen sind bleiben vielfach außen vor. Das gefährdet nicht nur die individuelle Existenz
125 vieler Studierender und Forschender, sondern auch die langfristige Attraktivität Deutschlands
126 als Wissenschaftsstandort.

127 Internationale Studierende dürfen nicht nur auf dem Papier willkommen sein. Es braucht
128 konkrete, solidarische Politik für Teilhabe, Sicherheit und Perspektive. Für uns Jusos ist klar:
129 Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisches Grundrecht, das geschützt und gestärkt werden
130 muss. Es gehört zur demokratischen Verantwortung, bei allen Maßnahmen mit Sensibilität und
131 im Spannungsfeld wissenschaftlicher Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung
132 abzuwägen. Einschränkungen durch den Staat – etwa durch das Verbot von Büchern oder das
133 politisch motivierte Streichen von Fördermitteln – sind hochproblematisch und gefährden
134 offene Diskurse. Deutschland muss international Haltung zeigen und die Rahmenbedingungen
135 schaffen, ein sicherer Hafen für Wissenschaft und freie Forschung zu sein.

136 **Deshalb fordern wir:**

- 137 1. Einen sofortigen Stopp der geplanten Kürzungen der Hochschulfinanzierung in NRW.
- 138 2. Eine grundlegende Reform der Hochschulfinanzierung, die den Anteil der
139 Grundfinanzierung deutlich erhöht, sie unabhängig von kurzfristigen
140 Leistungskennzahlen wie Abschlüssen macht, Forschung und Lehre gleichwertig
141 finanziert.
- 142 3. Den Erhalt und Ausbau aller öffentlichen Hochschulstandorte – gerade auch im
143 ländlichen Raum.
- 144 4. Ein Sofortprogramm für internationale Wissenschaftler*innen, die in autoritären
145 Staaten unter Druck stehen.
- 146 5. Ein schnelles, transparentes System zur Anerkennung internationaler Abschlüsse und
147 Studienleistungen.

- 148 6. Flächendeckende Willkommensstrukturen für internationale Studierende, durch
149 kostenfreie Beratungs- und Orientierungsangebote, Unterstützung beim
150 Wohnungszugang, konkrete Integrationsprogramme an den Hochschulen.
- 151 7. Eine umfassende BAföG-Reform, die auskömmlich ist, elternunabhängig funktioniert
152 und auch internationalen Studierenden offensteht.
- 153 8. Dauerhafte Perspektiven in der Wissenschaft, durch Entfristung von Stellen, faire
154 Bezahlung, gute Betreuungsverhältnisse.
- 155 9. Ein klares politisches Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit – als Grundpfeiler jeder
156 demokratischen Gesellschaft.

157 A3 Klare Positionierung der Bundesregierung zum Wiederaufbau 158 Syriens

Antragsteller: Maximilian Korte

159 Nach über fünf Jahrzehnten Assad-Herrschaft endete im Dezember 2024 eine Ära autoritärer
160 Kontrolle in Syrien. Die Assad-Familie regierte das Land mit harter Hand, unterdrückte jede
161 Opposition und setzte auf ein engmaschiges System aus Geheimdiensten und Militär. Der
162 Bürgerkrieg, der 2011 mit Protesten gegen das Regime begann, entwickelte sich zu einem der
163 schlimmsten Konflikte der Gegenwart. Hunderttausende Menschen wurden getötet, Millionen
164 vertrieben, große Teile der Infrastruktur zerstört und die Wirtschaft schwer geschädigt. Der
165 Krieg brachte auch Terrorgruppen wie den IS hervor und führte zu einer tiefen Spaltung der
166 Gesellschaft. Im Dezember 2024 wurde Bashar al-Assad durch eine Offensive oppositioneller
167 Kräfte, angeführt von Hay'at Tahrir al-Sham (HTS), gestürzt. Seitdem führt eine
168 Übergangsregierung unter Ahmed al-Sharaa das Land. Syrien ist ein Vielvölkerstaat, in dem
169 neben der sunnitischen Mehrheit verschiedene Minderheiten leben. Nach dem Sturz des
170 Regimes ist die Lage dieser Gruppen besonders angespannt. Die Alawiten, die unter Assad
171 viele Schlüsselpositionen innehatten, sind nun verstärkt Ziel von Gewalt und
172 Vergeltungsakten. Berichte über Massaker und Entführungen an Alawiten haben internationale
173 Kritik ausgelöst und werfen Zweifel auf, ob die neue Regierung Minderheiten ausreichend
174 schützt. Auch die Drusen, die vor allem im Südwesten Syriens leben, sind zunehmend bedroht.
175 Sie haben eigene Milizen gegründet, um sich vor Angriffen zu schützen, und zeigen sich zwar
176 zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit, bleiben aber misstrauisch. Die Kurden im
177 Norden und Nordosten Syriens kontrollieren weiterhin einige Gebiete, doch viele Angehörige
178 nicht-sunnitischer Minderheiten fliehen aus Angst vor islamistisch motivierten Übergriffen in
179 kurdisch dominierte Regionen. Trotz offizieller Zusagen der neuen Führung, alle Volksgruppen
180 einzubinden, bleibt die Realität für Minderheiten von Unsicherheit, Gewalt und Diskriminierung
181 geprägt. Frauenrechte in Syrien stehen nach dem Machtwechsel unter besonderer
182 Beobachtung, da die neue Führung unter Ahmed al-Sharaa aus islamistischen Kreisen
183 hervorgegangen ist. Viele syrische Frauen und internationale Beobachter befürchten, dass die
184 neue Regierung – trotz ihrer Abgrenzung zum sogenannten IS – konservative und restriktive
185 Geschlechterrollen stärken könnte. Syrien ist und bleibt ein unabhängiges Land. Die
186 Menschen in Syrien haben das Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Sollte die neue
187 syrische Führung die Rechte von Minderheiten oder Frauen bedrohen, muss die
188 Bundesregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Einfluss nehmen, um solche
189 Entwicklungen zu verhindern. Dabei dürfen weder eigene Interessen noch die Interessen von
190 Partnerstaaten über die Bedürfnisse und den Schutz der syrischen Bevölkerung gestellt
191 werden.

192 Die Bundesregierung trägt eine besondere Verantwortung, sich für den Schutz von
193 Menschenrechten und die Wahrung von Vielfalt in Syrien einzusetzen. Sie sollte aktiv daran
194 mitwirken, Racheakte zu verhindern und eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit für
195 alle Seiten zu fördern. Nur so kann ein nachhaltiger Frieden entstehen.

196 Darüber hinaus spielt Deutschland eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau Syriens. Die
197 Bundesregierung sollte gezielt Projekte unterstützen, die den Wiederaufbau von Infrastruktur,
198 Bildungseinrichtungen und dem Gesundheitssystem fördern. Dabei muss sichergestellt
199 werden, dass Hilfgelder transparent eingesetzt werden und allen Bevölkerungsgruppen
200 zugutekommen – unabhängig von ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit. Deutschland kann
201 zudem durch den Austausch von Fachwissen, die Förderung von zivilgesellschaftlichen
202 Initiativen und die Unterstützung von Versöhnungsprojekten einen wichtigen Beitrag zu
203 Stabilisierung und zum Wiederaufbau des Landes leisten.

204 Die Bundesregierung sollte ihre Unterstützung an klare Bedingungen knüpfen: Fortschritte bei
205 Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Inklusion müssen Voraussetzung
206 für eine umfassende Zusammenarbeit und finanzielle Hilfe sein. Nur so kann Deutschland
207 dazu beitragen, dass Syrien eine friedliche und gerechte Zukunft erhält, in der alle Menschen
208 – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Religion – in Sicherheit und Würde leben können.

209 **Wir fordern daher:**

- 210 • Jede Unterstützung der Bundesregierung muss sich am Wohl und den Bedürfnissen
211 des syrischen Volkes orientieren.
- 212 • Die politische Entwicklung in Syrien darf nicht hinter bereits erreichte Fortschritte
213 bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zurückfallen.
- 214 • Deutsche und europäische Hilfe soll gezielt Minderheiten sowie allen von
215 Verfolgung bedrohten Gruppen zugutekommen und deren Schutz und Teilhabe
216 fördern.

217 **A4 Opfern von Sexualverbrechen in der Nebenklage sollte von Amts**
218 **wegen ein Anwalt zugeordnet werden.**

Antragsstellerin: Marie Weiser

219 **Was ist die Nebenklage und welche Funktion erfüllt sie?**

220 In der deutschen Strafprozessordnung gibt es für Opfer bestimmter schwerer Straftaten –
221 darunter Sexualstraftaten – die Möglichkeit der Nebenklage. Das bedeutet, das Opfer kann
222 sich dem Strafverfahren als sogenannte Nebenklägerin oder Nebenkläger anschließen und
223 aktiv an der Verhandlung teilnehmen. Normalerweise stehen sich vor Gericht nur die
224 Staatsanwaltschaft und der Angeklagte gegenüber. Durch die Nebenklage erhält aber auch
225 die verletzte Person eine eigene Stimme und – auf Wunsch – einen juristischen Beistand.
226 Anders ausgedrückt: Die Nebenklägerin bzw. der Nebenkläger tritt im Prozess neben der
227 Staatsanwaltschaft als weiterer Anklagevertreter auf.

228 Zweck und Funktion der Nebenklage ist es, die Interessen des Opfers im Verfahren stärker
229 zur Geltung zu bringen und dessen Rechte zu wahren. Das Opfer ist so nicht mehr bloß Zeuge,
230 sondern ein eigenständiger Verfahrensbeteiligter. Gerade bei Delikten wie Sexualverbrechen
231 dient die Nebenklage dem Opferschutz und einer ausgewogeneren Prozessführung. Die
232 Nebenklägerseite kann z. B. dazu beitragen, eine Verharmlosung der Tat oder eine
233 Diffamierung des Opfers im Prozess zu verhindern. Insbesondere in Verfahren wegen
234 Sexualstraftaten kommt es leider vor, dass die Verteidigung versucht, dem Opfer eine
235 (moralische) Mitschuld zu geben oder dessen Glaubwürdigkeit zu untergraben. Durch die
236 Nebenklage kann das Opfer dem aktiv entgegenzutreten und dafür sorgen, dass seine
237 Perspektive berücksichtigt wird. Die Nebenklage verschafft dem Opfer somit eine stärkere
238 Stellung im Strafverfahren, was auch psychologisch wichtig sein kann: Die Möglichkeit, dem
239 Täter im Gerichtssaal auf Augenhöhe gegenüberzutreten, kann für die Verarbeitung des
240 Geschehens hilfreich sein.

241 Als Nebenklägerin oder Nebenkläger hat man weitreichende Rechte im Prozess, die über die
242 einer Zeugin oder eines Zeugen hinausgehen. Dazu gehören unter anderem: das Recht, bei
243 der gesamten Verhandlung anwesend zu sein (auch vor der eigenen Zeugenaussage), das
244 Recht auf Akteneinsicht über eine Anwältin oder einen Anwalt, das Fragerecht (man darf z. B.
245 über den Anwalt Fragen an Angeklagte, Zeugen oder Sachverständige stellen), das Recht
246 Beweisanträge zu stellen (etwa weitere Zeugen zu benennen oder Gutachten einzuholen),
247 sowie das Recht, zum Urteil Erklärungen abzugeben und Rechtsmittel (Berufung, Revision)
248 einzulegen. Diese Befugnisse ermöglichen es dem Opfer, den Prozess aktiv mitzugestalten
249 und dafür zu sorgen, dass wichtige Aspekte aus Opfersicht nicht übergangen werden. Kurz

250 gesagt erfüllt die Nebenklage die Funktion, die Opferrechte im Strafverfahren zu stärken und
251 den betroffenen Personen Gehör zu verschaffen.

252 **Rechtliche Grundlage: Nebenklageberechtigung und Rechtsbeistand**

253 Gesetzlich geregelt ist die Nebenklage in den §§ 395 ff. Strafprozessordnung (StPO). § 395
254 StPO zählt die Straftaten auf, bei denen ein Opfer sich als Nebenkläger anschließen darf. Dazu
255 gehören insbesondere schwere Delikte wie Tötungsdelikte, bestimmte Gewaltverbrechen und
256 Sexualstraftaten. So können zum Beispiel Opfer von Vergewaltigung, sexueller Nötigung,
257 sexuellem Missbrauch oder sexueller Belästigung von ihrem Nebenklagerecht Gebrauch
258 machen. Neben unmittelbaren Opfern sind in bestimmten Fällen auch nahe Angehörige
259 nebenklageberechtigt, etwa wenn durch die Straftat ein Familienmitglied getötet wurde.

260 Sobald die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben hat, kann sich das Opfer dieser Anklage
261 anschließen und damit offiziell Nebenkläger werden. Wichtig zu wissen: Für die Nebenklage
262 besteht kein Anwaltszwang – formal könnte sich das Opfer auch ohne Anwalt dem Verfahren
263 anschließen. Allerdings wird dringend empfohlen, einen anwaltlichen Beistand hinzuzuziehen,
264 da Laien die komplexen prozessualen Rechte kaum allein effektiv nutzen können.

265 Um Opfern die anwaltliche Unterstützung zu ermöglichen, hat der Gesetzgeber in § 397a StPO
266 eine besondere Regelung geschaffen. Danach muss dem Nebenkläger auf Antrag ein
267 Rechtsanwalt als Beistand bestellt (also vom Gericht beigeordnet) werden, wenn er durch ein
268 Sexualverbrechen verletzt wurde. Diese Pflichtbeordnung gilt bei einer Reihe von schweren
269 Straftaten, unter anderem bei Sexualdelikten gemäß § 177 StGB (wie sexueller Übergriff,
270 sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung) sowie bei Menschenhandel zum Zweck sexueller
271 Ausbeutung. Auch bei versuchten Tötungsdelikten oder anderen schweren Gewalttaten sieht
272 das Gesetz eine solche „privilegierte“ Beordnung vor. Vereinfacht gesagt steht damit Opfern
273 z. B. von Sexualstraftaten auf Wunsch ein kostenloser Anwalt zur Seite. Die Kosten dieser
274 Opfervertretung trägt zunächst der Staat (Staatskasse) – unabhängig vom Ausgang des
275 Verfahrens. Wird der Angeklagte verurteilt, muss er die Anwaltskosten des Nebenklägers in
276 der Regel erstatten, aber das finanzielle Risiko liegt bis dahin beim Staat.

277 Diese Regelung ist vergleichbar mit der Pflichtverteidigung für Beschuldigte: Ähnlich wie einem
278 Angeklagten in schweren Fällen ein Pflichtverteidiger gestellt wird, gibt es für Opfer schwerer
279 Straftaten den staatlich finanzierten Opferanwalt. Allerdings erfolgt die Beordnung des
280 Anwalts nach § 397a StPO derzeit nur auf Antrag des Opfers. Das heißt, die oder der
281 Betroffene muss selbst (oder durch einen Vertreter) einen Antrag stellen, damit das Gericht
282 einen Rechtsbeistand bestellt. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor (etwa dass es
283 sich um ein Sexualverbrechen handelt), wird der Antrag in der Praxis normalerweise bewilligt

284 und die Kosten werden übernommen. Stellt das Opfer keinen Antrag, findet eine Beiordnung
285 nicht automatisch statt. In Fällen, die nicht unter die Katalogtaten des § 397a Abs. 1 StPO
286 fallen, kann das Opfer unter bestimmten Bedingungen Prozesskostenhilfe für einen Anwalt
287 beantragen – beispielsweise, wenn es finanziell bedürftig ist und das Gericht den anwaltlichen
288 Beistand für notwendig hält. Aber gerade bei Sexualdelikten oder ähnlich schwerwiegenden
289 Taten hat der Gesetzgeber bewusst eine erleichterte Beiordnung vorgesehen, um die Opfer
290 hier besonders zu unterstützen.

291 **Besondere Schutzbedürftigkeit von Opfern sexueller Gewalt**

292 Opfer von Sexualverbrechen sind in besonderer Weise schutzbedürftig. Eine Sexualstraftat
293 verletzt die intimsten Persönlichkeitsrechte und hinterlässt oft schwere psychische Traumata
294 bei den Betroffenen. Im Strafprozess sehen sie sich dann mit der belastenden Situation
295 konfrontiert, die Tat nochmals schildern zu müssen – meist in Anwesenheit des Täters. Diese
296 direkte Gegenüberstellung mit dem mutmaßlichen Täter im Gerichtssaal kann extrem stress-
297 und angstbeladen sein. Hinzu kommt, dass das Opfer im Zeugenstand Fragen zu äußerst
298 privaten und schmerzhaften Erlebnissen beantworten muss. Die seelische Belastung während
299 Ermittlungs- und Gerichtsverfahren ist für Opfer von Sexualstraftaten enorm hoch,
300 vergleichbar mit der von Opfern anderer schwerer Gewalttaten. Nicht umsonst spricht man
301 hier von der Gefahr einer sekundären Viktimisierung – das heißt, das Opfer wird durch das
302 Verfahren selbst noch einmal traumatisiert oder gedemütigt.

303 Der Gesetzgeber hat diese besondere Schutzbedürftigkeit anerkannt und verschiedene
304 Maßnahmen geschaffen, um die Belastungen für Opfer im Strafverfahren zu reduzieren. So
305 kann in geeigneten Fällen die Öffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen werden, um dem
306 Opfer intime Aussagen vor fremden Zuhörern zu ersparen. Bei besonders verletzlichen Opfern
307 – vor allem Kindern und Jugendlichen – besteht die Möglichkeit, schon im
308 Ermittlungsverfahren eine Videovernehmung durchzuführen, damit das Opfer in der
309 Hauptverhandlung nicht noch einmal aussagen muss. Zudem gibt es die psychosoziale
310 Prozessbegleitung: Besonders schutzbedürftige Opfer haben Anspruch auf eine geschulte
311 Begleitperson, die sie vor, während und nach der Verhandlung betreut.

312 All diese Vorkehrungen zeigen, dass Opfer sexualisierter Gewalt einen besonderen Schutz
313 verdienen und benötigen. In diesem Zusammenhang spielt auch der anwaltliche Beistand eine
314 wichtige Rolle. Ein Rechtsanwalt an der Seite des Opfers bietet nicht nur juristische, sondern
315 indirekt auch psychologische Unterstützung: Das Opfer steht im Gerichtssaal nicht alleine da,
316 sondern hat jemanden, der ausschließlich seine Interessen vertritt. Das gibt vielen Betroffenen
317 Rückhalt und Sicherheit. Vor allem aber kann der Anwalt ganz konkret schutzbringend
318 eingreifen. Beispielsweise darf der Nebenklagevertreter unzulässige oder unangemessene
319 Fragen der anderen Verfahrensbeteiligten – etwa der Verteidigung – sofort beanstanden.

320 Gerade bei Sexualdelikten ist dies enorm wichtig, um das Opfer vor beleidigenden
321 Unterstellungen oder allzu intimen Fragen zu schützen. Es kommt leider vor, dass im
322 Kreuzverhör Fragen gestellt werden, die das Opfer bloßstellen oder seine Vergangenheit
323 ausforschen sollen. Ein Opferanwalt wird hierauf achten und den Richter bitten, solche Fragen
324 nicht zuzulassen, wenn sie für die Sache unerheblich und nur belastend sind. In bestimmten
325 Fällen kann der Anwalt sogar erreichen, dass der Angeklagte während der Aussage des Opfers
326 vorübergehend den Gerichtssaal verlassen muss, damit das Opfer unbefangener sprechen
327 kann. Das ist aber nur unter engen Voraussetzungen möglich. Kurz: Der Anwalt fungiert als
328 Schutzschild für das Opfer im Verfahren. Das ist ein zentraler Grund, warum ein anwaltlicher
329 Beistand in Sexualstrafsachen so wichtig ist – und warum er idealerweise von vornherein
330 gestellt werden sollte, ohne dass das Opfer erst formell darum bitten muss.

331 **Komplexität des Strafverfahrens: Warum juristischer Beistand nötig ist**

332 Neben der emotionalen Belastung kommt für Opfer ein weiteres Problem hinzu: Strafverfahren
333 sind hochkomplex und für juristische Laien kaum durchschaubar. Es gelten zahlreiche
334 Verfahrensregeln, Fristen und Formalitäten, die man kennen muss, um die eigenen Rechte
335 überhaupt wirksam ausüben zu können. Zwar stehen Nebenklägerinnen und Nebenklägern –
336 wie oben beschrieben – verschiedene Beteiligungsrechte zu, doch ohne fachkundige
337 Unterstützung bleiben diese Rechte oft nur theoretisch.

338 Schon der Anschluss als Nebenkläger erfordert eine formgerechte Erklärung gegenüber dem
339 Gericht. In der Hauptverhandlung ergeben sich fortlaufend Situationen, in denen rechtliches
340 Know-how erforderlich ist: Etwa wenn ein Zeuge befragt oder ein Beweismittel eingeführt
341 werden soll – dies muss in Form eines förmlichen Beweisantrags geschehen. Auch wenn das
342 Opfer das Urteil anfechten möchte, etwa weil es das Strafmaß als zu milde empfindet, sind
343 komplexe Rechtsmittelverfahren einzuhalten – mit strengen Fristen und Formerfordernissen.

344 Für juristische Laien ist all dies kaum zu bewältigen. Ohne Anwalt besteht die Gefahr, dass
345 Beteiligungsrechte zwar bestehen, aber faktisch nicht genutzt werden können. Ein einfaches
346 Beispiel ist das Akteneinsichtsrecht: Es ist entscheidend, um zu erfahren, welche Beweise
347 vorliegen und was andere Beteiligte ausgesagt haben. In der Regel erhalten jedoch nur
348 Anwälte Zugang zu den Ermittlungsakten. Ein Opferanwalt kann Einsicht beantragen, die
349 Akteninhalte erklären und so sicherstellen, dass das Opfer umfassend informiert ist.

350 Zudem kann nur ein juristischer Beistand zuverlässig einschätzen, welche Beweisanträge
351 sinnvoll sind oder welche Rechtsfragen im Prozess eine Rolle spielen. Gerade unter dem
352 psychischen Druck des Verfahrens fällt es vielen Opfern schwer, die eigenen Interessen selbst
353 zu vertreten. Stress und Überforderung führen dazu, dass Fristen versäumt oder Rechte nicht

354 wahrgenommen werden. Ein Anwalt kennt das Verfahren und dessen „Spielregeln“. Er kann
355 im Interesse des Opfers handeln, ohne dass dieses jede Entscheidung selbst treffen muss.

356 Man kann sagen: Ohne Anwalt steht das Opfer einem professionellen Verteidiger und einer
357 routinierten Staatsanwaltschaft gegenüber – mit Anwalt hingegen auf Augenhöhe. Der
358 juristische Beistand der Nebenklage sorgt dafür, dass die Opferrechte nicht nur bestehen,
359 sondern auch effektiv durchgesetzt werden.

360 **Warum sollte der Anwalt automatisch (von Amts wegen) beigeordnet werden?**

361 Angesichts der oben dargestellten Aspekte wird deutlich, warum es sinnvoll ist, Opfern von
362 Sexualstraftaten stets und automatisch einen Anwalt als Beistand zur Seite zu stellen – und
363 nicht nur auf Antrag. Zwar sieht das Gesetz bereits vor, dass in bestimmten Fällen ein
364 Rechtsanwalt beigeordnet werden kann. Doch die Voraussetzung, dass dies nur auf Antrag
365 des Opfers geschieht, bedeutet, dass das Opfer diesen Schritt aktiv einleiten muss.

366 In der Praxis besteht jedoch die Gefahr, dass viele Betroffene aus Unkenntnis oder
367 Überforderung keinen Antrag stellen – und damit auf dringend benötigte Unterstützung
368 verzichten. Gerade unmittelbar nach der Tat oder nach der Anzeige sind viele Opfer
369 traumatisiert und mit der Situation überfordert. Nicht alle wissen um ihr Recht auf einen
370 kostenlosen Opferanwalt. Manche zögern, sich rechtlich vertreten zu lassen, sei es aus Angst
371 vor Kosten oder aus dem Glauben heraus, als Zeugin oder Zeuge allein zu genügen.

372 Bleibt die Beiordnung in solchen Fällen aus, steht das Opfer im Strafprozess ohne den
373 notwendigen Schutz da. Das widerspricht dem eigentlichen Ziel der gesetzlichen Regelung,
374 die gerade den Schutz besonders vulnerabler Opfer sicherstellen soll.

375 Eine automatische Beiordnung würde gewährleisten, dass kein Opfer eines Sexualdelikts den
376 Zugang zu rechtlichem Beistand verpasst. In der Praxis könnte dies so aussehen, dass das
377 Gericht – sobald Anklage erhoben ist und die Tat unter die entsprechenden Voraussetzungen
378 fällt – von sich aus eine geeignete Anwältin oder einen geeigneten Anwalt bestellt und das
379 Opfer darüber informiert. Dieses hätte dann weiterhin die Möglichkeit, die Beiordnung
380 abzulehnen, falls kein Bedarf besteht. Aber grundsätzlich stünde jeder betroffenen Person
381 zunächst ein Opferanwalt zur Seite.

382 Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Betroffenen werden frühzeitig entlastet und müssen nicht
383 selbst aktiv werden. Ein Beistand könnte sie bereits bei der ersten Vernehmung begleiten und
384 so von Anfang an für einen sensiblen und professionellen Umgang sorgen. Auch wäre es dem

385 Anwalt möglich, frühzeitig Akteneinsicht zu nehmen und das Opfer über den Stand des
386 Verfahrens zu informieren.

387 Zudem würde eine automatische Bestellung verhindern, dass die Umsetzung von
388 Opferschutzrechten vom Verhalten des Einzelnen abhängt. Der gesetzgeberische Wille – den
389 Schutz aller Betroffenen sicherzustellen – würde so konsequent verwirklicht. Dass dieser
390 Schutz unabhängig von der Schwere der Tatvariante gelten soll, wurde bereits mehrfach
391 klargestellt. Entscheidend ist die seelische Belastung, der alle Opfer sexualisierter Gewalt im
392 Verfahren ausgesetzt sind.

393 Wenn jedoch einzelne Opfer ihre Rechte nicht geltend machen (können), wird der Zweck der
394 Schutzregelung unterlaufen. Eine automatische Beiordnung würde diese Lücke schließen –
395 und zwar zuverlässig und für alle Betroffenen gleichermaßen.

396 Nicht zuletzt verbessert ein anwaltlich vertretener Nebenkläger auch den Ablauf des
397 Verfahrens insgesamt. Ein erfahrener Beistand kann helfen, die relevanten Tatsachen
398 strukturiert darzustellen, Beweisanträge korrekt zu formulieren und die Interessen des Opfers
399 zielgerichtet einzubringen. Das Gericht wiederum kann sich auf eine professionelle Beteiligung
400 verlassen – spontane Unterbrechungen, fehlende Anträge oder verfahrensfremde Vorträge
401 werden vermieden.

402 Letztlich dient die Anwesenheit eines Opferanwalts auch der Wahrheitsfindung. Er kann gezielt
403 Fragen stellen, Hinweise geben und damit dazu beitragen, dass alle entscheidenden Aspekte
404 des Falls zur Sprache kommen. Das Verfahren verläuft strukturierter, ausgewogener und
405 gerechter.

406 **Fazit:** Opfer von Sexualstraftaten befinden sich in einer extrem belastenden Lage – emotional
407 wie rechtlich. Die Nebenklage gibt ihnen die Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen und ihre
408 Rechte geltend zu machen. Damit diese Beteiligung aber nicht zur bloßen Theorie wird,
409 braucht es professionelle Unterstützung. Ein Rechtsanwalt ist hierfür unerlässlich. Eine
410 automatische Beiordnung würde sicherstellen, dass dieser Beistand auch tatsächlich und
411 rechtzeitig gewährt wird – und damit den Opferschutz im Strafverfahren effektiv verwirklichen.

412 A5 Wahlrecht erweitern – Demokratie stärken

Antragsteller: Malin Koch, Hel Schaller

413 **Einwohner ohne Stimme - ein Demokratiedefizit**

414 Über 5,3 Millionen volljährige Bürger*innen in Deutschland haben weder bei Bundestagswahl
415 noch bei Landtags- oder Kommunalwahlen ein Wahlrecht, da sie keinen deutschen und keinen
416 EU-Pass haben. Dabei leben sie aber seit durchschnittlich 16 Jahren in Deutschland, arbeiten
417 hier und sind Teil der Gesellschaft. Seit 1994 können volljährige EU-Staatsangehörige
418 kommunal wählen und gewählt werden, Menschen mit einer Drittstaatsangehörigkeit dieses
419 Recht bis heute nicht.

420 **Die Rechtslage**

421 Bereits in den Neunzigern gab es öffentliche Diskussionen zum Wahlrecht von Menschen ohne
422 deutsche Staatsangehörigkeit. Die damals SPD-geführten Bundesländern Schleswig-Holstein
423 und Hamburg, führten 1989 fast zeitgleich durch Gesetz ein Ausländerwahlrecht auf
424 kommunaler Ebene ein.

425 Daraufhin beantragten 224 Abgeordneten der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion sowie der
426 Bayerischen Staatsregierung beim Bundesverfassungsgericht die Gesetzesänderungen für
427 das Kommunalwahlrecht für verfassungswidrig zu erklären. Es folgten zwei Gerichtsverfahren,
428 „Ausländerwahlrecht I“ und „Ausländerwahlrecht II“.

429 Das BVerfG gab den Klägern Recht, unter Hinweis auf die Auslegung des Begriffes „Volk“ des
430 Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 Grund Gesetz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom
431 Volke in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt.“ Der Begriff des Volkes wurde im Urteil auf
432 ausschließlich Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG – also im Wesentlichen deutsche
433 Staatsangehörige definiert.

434 **Zeit für eine neue Verhandlung...**

435 Schon Immanuel Kant stellte in seinem Werk „Zum ewigen Frieden“ die Idee eines
436 „Weltbürgerrechts“ vor, das nicht an nationale Zugehörigkeit, sondern an
437 zwischenmenschliche Gastfreundschaft und Zusammenleben gebunden ist. Dieser
438 universalistische Staatsbegriff steht im Kontrast zur engen Auslegung des Volksbegriffs durch
439 das Bundesverfassungsgericht. Während das Gericht das „Volk“ ausschließlich über die
440 deutsche Staatsbürgerschaft definierte, versteht sich eine moderne Gesellschaft längst als
441 vielfältige, offene Gemeinschaft. Die historisch gewachsene Fixierung auf nationale Identität
442 erscheint vor dem Hintergrund globaler Migration und den Erfahrungen des
443 Nationalsozialismus als überholt und in Teilen gefährlich.

444 Mit dem Gerichtsentscheid ergibt sich deshalb ein Abgrund zwischen der bürgerlichen
445 Gemeinschaft und der staatlichen Politik. Seit 1992 gibt es ein Ausländerwahlrecht für
446 Mitglieder der EU, die dadurch an den Kommunalwahlen ihres Hauptwohnsitzes teilnehmen
447 dürfen. Nun ergibt sich hier jedoch ein doppelter Standard, sofern Personen mit
448 Drittstaatsangehörigkeit oder ohne Staatsangehörigkeit dasselbe Recht verwehrt bleibt.

449 Dies ist insbesondere relevant mit Hinblick auf die Hindernisse, die Angehörigen gewisser
450 Drittstaaten begegnen, wenn diese versuchen, deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen. So
451 können betroffene Personen weitaus über 5 Jahre in Deutschland leben, ohne die Möglichkeit
452 auf Einbürgerung zu haben. Im Normalfall ist davon auszugehen, dass innerhalb dieses
453 Zeitraums eine Integration in die Gesellschaft, vor allem die lokale Gemeinschaft stattgefunden
454 hat.

455 Den Betroffenen ist zudem oftmals wegen widriger politischer Bedingungen keine Wahl in den
456 Herkunftsstaaten möglich. Sie sehen sich vielmehr von den Konsequenzen einer deutschen
457 Politik betroffen, zu der sie keinerlei Mitbestimmungsrecht haben, die sie jedoch in der freien
458 Entfaltung ihrer Persönlichkeit beeinträchtigen kann. So ergibt sich hier eine Benachteiligung
459 aufgrund der Herkunft, die das deutsche Grundgesetz untersagt.

460 **...Besonders auf Kommunalebene**

461 Das kommunale Verständnis von Gemeinschaft und das daraus resultierende Verständnis des
462 "Volks"-Begriffes unterscheidet sich vom bundesweiten, dem notwendigerweise eine
463 einheitliche Nationalstaatlichkeit zugrunde liegt, um die bundesweite Homogenität zu
464 gewährleisten. Dabei werden Alteritäten zwangsläufig vernachlässigt.

465 Kommunalpolitik bewegt sich weitaus näher und spezifischer an der Alltagsrealität deutscher
466 Bürger, an der Ausländer bereits teilhaben. Logische Konsequenz dieser Lebenswirklichkeit
467 wäre demnach die politische Teilhabe durch ein Ausländerwahlrecht, sofern die Integration
468 evident ist. Ein restriktives Wahlrecht, das allein Deutschen gewährt wird, während es
469 manchen Menschen unmöglich bleibt, deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen, obwohl sie
470 eingebundener Teil der Gemeinschaft sind, kann angesichts einer zunehmend globalen
471 Lebenswirklichkeit kaum mehr als angemessen verstanden werden.

472 Insofern ist das 35 Jahre alte Obiter Dictum, dass den Entschluss des Verfahrens BVerfG,
473 12.10.1989 - 2 BvF 2/89 auf die Kommunalebene ausweitet, dringend revisionsbedürftig,
474 betrachtet man den natürlichen Wandel des Begriff Verständnisses von „Volk“ als auch der
475 Bedingungen des Zusammenlebens von deutschen Staatsangehörigen und ausländischen
476 Personen, insbesondere seit der Flüchtlingskrise 2015.

477 **Wahlrecht erweitern - Demokratie stärken**

478 Demokratie funktioniert durch Partizipation und wird durch diese gestärkt. Wer aber in einer
479 Demokratie lebt, teils über Jahrzehnte, ohne selbst die Möglichkeit zu haben an ihr
480 teilzunehmen zu können, der kann demokratischen Prinzipien zweifeln. Gerade jetzt, wo
481 rechte Parteien immer weiter an den Grundprinzipien unserer Verfassung sägen, ist es umso
482 relevanter, dass Menschen sich in demokratischen Prozessen vertreten fühlen können.

483 Menschen mit Migrationshintergrund sind die ersten die unter dem Rechtsruck in Deutschland
484 leiden. Aber sie sind gleichzeitig auch die ersten die von Politikern vernachlässigt werden, da
485 sie nicht als gewinnbringende Wählergruppe gesehen werden. Diese Doppelbelastung ist
486 Grund, warum ein Mitbestimmungsrecht so wichtig ist.

487 Immer wieder ist im aktuellen Diskurs die Forderung nach Integration Thema. Doch der Begriff
488 wird rein einseitig genutzt, Menschen mit Migrationshintergrund sollen sich anpassen, hier
489 arbeiten und möglichst nicht auffallen, Möglichkeiten zur Integration werden im Gegenzug
490 nicht geboten. Die Teilhabe an Wahlen und die Mitbestimmung des politischen Diskurses sind
491 nicht nur Partizipation in der Politik sondern auch in der Gesellschaft.

492 Ein Wahlrecht, sowie das Recht sich bei Kommunalwahlen aufstellen zu lassen, ist ein Mittel
493 zur Repräsentation von einem signifikanten Teil unserer Gesellschaft. Es hat sich bei EU-
494 Bürgern schon als funktional erwiesen und die Rechtsprechung, welche ein solches Gesetz
495 verhindert, ist revisionsbedürftig.

496

497 **Deshalb fordern wir:**

- 498 • Ein Kommunalwahlrecht für alle Menschen die ihren Hauptwohnsitz in Deutschland
499 haben
- 500 • Mehr Partizipationsmöglichkeiten in demokratischen Prozessen
- 501 • Eine Neuprüfung des „Ausländerwahlrechts“ für die Kommunale Ebene
- 502 • Die Bedingungen des Wahlrechts anhand der bewährten Regelungen für EU-Bürger
503 orientieren

504 **A6 Wohnraum statt Rendite: Leerstand darf kein Geschäftsmodell**
505 **sein!**

Antragsteller*innen: Ayşegül Paran, Johanna Schulte, Jan Martin Hopf

506 **Ausgangslage**

507 In vielen Städten und Gemeinden stellt langfristiger Leerstand von Wohnraum ein
508 zunehmendes Problem dar. Besonders in größeren Städten mit angespanntem
509 Wohnungsmarkt trifft eine hohe Nachfrage auf ein deutlich zu geringes Angebot an
510 bezahlbarem Wohnraum. Umso gravierender wirkt es sich aus, wenn Wohnungen trotz
511 Nutzbarkeit über längere Zeit leer stehen und somit dem Wohnungsmarkt entzogen bleiben.

512 Leerstand wird vor allem dann problematisch, wenn Immobilien länger als gesetzlich erlaubt
513 ungenutzt bleiben oder bestehende Regelungslücken gezielt ausgenutzt werden. In solchen
514 Fällen handelt es sich um eine Form der Zweckentfremdung, die in unterschiedlicher
515 Ausprägung auftreten kann. Ob Steuerersparnisse, das mutwillige Zerfallenlassen von
516 denkmalgeschützten Gebäuden oder spekulativer Leerstand. Es gibt eine ganze Reihe an
517 Gründen für Zweckentfremdung, die der Antrag erörtern soll. Die Folgen sind für Städte und
518 Gemeinden gravierend, denn auf diese Weise geht dringend benötigter Wohnraum dauerhaft
519 verloren.

520 Hinzu kommt eine erhebliche Unübersichtlichkeit in der rechtlichen Regelung. Die gesetzlichen
521 Vorgaben zur Wohnraumnutzung unterscheiden sich teils deutlich zwischen Kommunen,
522 Bundesländern und dem Bund. Dies erschwert nicht nur die Kontrolle und Durchsetzung
523 bestehender Vorschriften, sondern schafft auch Raum für gezielte Umgehungen und
524 Unsicherheiten auf Seiten der Eigentümer:innen.

525 Dieser Antrag dient der Analyse des Problems Leerstand und macht konkrete Vorschläge, um
526 die Zweckentfremdung von Immobilien wirksam zu begrenzen und die rechtlichen
527 Rahmenbedingungen zu verbessern.

528 **Gründe für Leerstand und Leerstand begünstigende Umstände**

529 Langfristiger Leerstand kann auf verschiedene Weise entstehen. In Gebieten, die über die
530 Jahre an struktureller Stärke verloren haben, tritt Leerstand häufig als unfreiwillige Folge auf.
531 Auch gibt es Fälle, in denen Immobilien stark heruntergekommen sind und die notwendigen
532 Renovierungskosten nicht mehr tragbar sind.

533 Problematisch wird der Leerstand jedoch dann, wenn Eigentümer*innen eine Immobilie aus
534 Eigeninteresse absichtlich leerstehen lassen und diese weder selbst nutzen, noch dauerhaft

535 vermieten. Solche Fälle von Leerstand, die auf Rechtswidrigkeiten oder der bewussten
536 Ausnutzung von Gesetzeslücken beruhen, stehen im Fokus dieses Antrags. Problematischer
537 Leerstand kann dabei vielfältige Ursachen haben:

538 **1. Spekulation:**

539 Spekulation mit Immobilien ist Gang und Gäbe auf dem Wohnungsmarkt. Gerade in Zeiten
540 eines instabilen Wohnungsmarktes scheint Spekulation unaufhaltbar. Wenn der Markt
541 unsicher ist, handeln auch die Teilnehmenden in Unsicherheit. Problem an der Sache ist, dass
542 dieses unsichere Handeln der Eigentümer*innen auf dem Wohnungsmarkt, dessen Instabilität
543 nur weiter befeuert wird. Dadurch entsteht eine Art Teufelskreis, als dessen Folge
544 problematischer, langfristiger Leerstand entsteht. Die Folgen machen sich hierbei ganz
545 besonders bei den Leuten bemerkbar, die eine Wohnung in einer Gegend suchen, wo
546 Wohnraum besonders knapp ist. Hier sind die Mieten seit langem schon – aufgrund der hohen
547 Nachfrage und des geringen Angebotes – im Anstieg. Die Spekulation der Eigentümer*innen
548 führt so nicht nur zu wachsendem langfristigen Leerstand, sondern destabilisiert weiter den
549 ganzen Wohnungsmarkt.

550 Für uns ist klar, dass Wohnen ein Grundrecht ist, was endlich ernst genommen werden muss.
551 Die Konsequenz, die wir daraus ziehen, ist, dass Wohnraum kein Spekulationsobjekt sein darf.
552 Im Bereich Wohnungsmarkt sind so viele Problemkomplexe anzugehen, wie eben auch der
553 Leerstand.

554 Um mit einem Objekt am Markt zu spekulieren, bietet sich Leerstand ganz klar an. Menschen,
555 die zur Miete leben, haben vertraglich geregelte Rechte, was eine Last bei einem geplanten
556 profitablen Verkauf darstellen kann. So kommt es oft vor, dass nach Ende eines
557 Mietverhältnisses kein neues von Seiten der Eigentümer*innen gesucht wird. Es entsteht
558 Leerstand.

559 **2. Leerstand durch steuerliche Maßnahmen**

560 In direktem Zusammenhang mit Spekulationen und Leerstand steht § 23
561 Einkommensteuergesetz (EStG), auch „Spekulationssteuer“ genannt. Hierin wird u.a. die
562 Besteuerung aus der Veräußerung von Grundstücken aus dem Privatvermögen normiert,
563 wenn die Immobilie innerhalb von 10 Jahren nach dem Kauf verkauft wird. Eine Besteuerung
564 entfällt jedoch, wenn die Immobilie oder das Grundstück im Zeitraum zwischen Anschaffung
565 oder Fertigstellung und Veräußerung ausschließlich zu eigenen Wohnzwecken oder im Jahr
566 der Veräußerung und in den beiden vorangegangenen Jahren zu eigenen Wohnzwecken
567 genutzt wurden. In diesen Fällen ist die Veräußerung steuerfrei. Diese Ausnahmen bieten
568 Gestaltungspotenzial und sind aus Sicht unseres sozialistischen Steuersystems abzulehnen.

569 Wenn man § 23 EStG im Sinne einer steuerlichen Lenkung gegen spekulativen Leerstand
570 ändern wollte, muss die sogenannte Spekulationsfrist für private Veräußerungsgeschäfte von
571 nicht selbst bewohnten Immobilien mit angemessenen Maßen abgeschafft werden.

572 Darüber hinaus lassen sich steuerliche Maßnahmen gegen Leerstand, wie z.B. die sog.
573 "Leerstandssteuer," in Deutschland kaum auffinden. Andere Länder zeigen jedoch unlängst,
574 wie diese Steuer wirkt, um Wohnraum dem Markt zügig zurückzuführen und Eigentümer*innen
575 in die Pflicht zu nehmen:

- 576 • In Kanada (z.B. Vancouver) leisten Eigentümer*innen leerstehender Wohnungen
577 Abgaben in Höhe von bis zu 3 % des Immobilienwertes pro Jahr. Seit Einführung sank
578 der spekulative Leerstand deutlich, die Einnahmen fließen in den sozialen
579 Wohnungsbau.
- 580 • In französischen Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt fällt eine Steuer von bis
581 zu 60 % der potenziellen Mieteinnahmen an – bei Wohnungen, die über ein Jahr leer
582 stehen.
- 583 • In Österreich wird in mehreren Bundesländern bei längeren Leerständen eine jährliche
584 Steuer von mehreren Euro pro Quadratmeter erhoben.

585 In Deutschland haben bereits einige wenige Städte wie z.B. Tübingen, Konstanz oder Landau
586 entsprechende Modelle eingeführt oder bereiten dessen Einführung vor. Die kommunale
587 Leerstandssteuer in Landau wird z.B. auf leerstehende Immobilien erhoben (z.B. 2% des
588 Immobilienwerts). Bei zwei aufeinanderfolgenden Jahren, in denen keine oder nur sehr
589 geringe Wasser- oder Energieverbräuche festgestellt werden, wird ein Leerstand
590 angenommen. Es können Ausnahmen definiert werden, z.B. wenn eine Wohnung oder
591 Gebäude saniert oder renoviert wird, wenn die Eigentümer*innen vor kurzem verstorben oder
592 dauerhaft pflegebedürftig sind.

593 **3. Denkmalschutz als Vorwand für Leerstand**

594 Gerade in Innenstädten stehen viele Gebäude unter Denkmalschutz, was grundsätzlich
595 wichtig für den Erhalt historischer Bausubstanz ist. Doch nicht selten wird der Denkmalschutz
596 auch als Vorwand genutzt, um Sanierungen aufzuschieben oder Gebäude dauerhaft
597 leerstehen zu lassen, obwohl sie grundsätzlich bewohnbar oder aktivierbar wären. In manchen
598 Fällen verhindern übermäßig strenge Auflagen oder lange Genehmigungsverfahren sinnvolle
599 Umnutzungen oder energetische Sanierungen, und damit auch eine soziale Reaktivierung des
600 Bestands.

601 Zugleich mehren sich Fälle, in denen Eigentümer*innen denkmalgeschützte Gebäude bewusst
602 dem Verfall überlassen, um eine spätere Abrissgenehmigung zu erreichen. Ein prominentes

603 Beispiel ist die denkmalgeschützte Industriehalle des ehemaligen
604 Maschinenbauunternehmens KHD in Köln-Mülheim. Seit Jahren steht das Gebäude leer,
605 Fenster sind eingeschlagen, das Dach beschädigt, und eine Instandsetzung unterbleibt
606 offenbar gezielt. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz wirft der Landesgesellschaft
607 NRW.URBAN vor, den baulichen Verfall der Gebäude in Kauf zu nehmen, um einem künftigen
608 Investor den Abriss zu erleichtern – da sich Sanierungen nach Denkmalschutzvorgaben
609 wirtschaftlich nicht mehr rechnen würden. Weiter betont die Deutsche Stiftung Denkmalschutz,
610 dass durch Erhaltungsinvestitionen neuer Wohnraum und Werkstätten für Startups längst
611 entstehen hätten können.

612 **4. Die Sache mit dem Föderalismus und der Zweckentfremdung**

613 In Bezug auf Leerstand in Deutschland bringt der Föderalismus sowohl Chancen, als auch
614 Probleme – insbesondere auf Ebene der Zuständigkeiten, Gesetzgebung und der konkreten
615 Umsetzung von Maßnahmen gegen Leerstand.

616 Im Bereich des Bau-, Planungs- und Wohnungswesens haben die Länder weitreichende
617 Kompetenzen bei der Gesetzgebung. Dies führt u.a. dazu, dass einige Bundesländer
618 Leerstandssatzungen haben, andere nicht. Darüber hinaus können die Kommunen innerhalb
619 landesrechtlicher Vorgaben eigene Satzungen erlassen, was zu einem „Flickenteppich“ an
620 Regelungen führt.

621 Für das Baugesetzbuch (BauGB) beispielsweise teilen sich Bund und Länder die
622 Gesetzgebungskompetenz. Es besteht aus zwei Teilen, dem Bauplanungsrecht und dem
623 Bauordnungsrecht. Für das Bauplanungsrecht hat der Bund die Gesetzgebungskompetenz,
624 während die Länder für das Bauordnungsrecht zuständig sind. Nur beides zusammen ergibt
625 sinnvolle baurechtliche Regelungen. Das BauGB enthält bereits Vorschriften, welche dem
626 Leerstand vorbeugen könnten. Hierunter fallen z.B. §§ 85 BauGB ff., wonach Enteignungen
627 unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt werden, § 176 BauGB, der die Möglichkeit zur
628 Zwangsbebauung bei Nichtnutzung trotz Baureife einräumt oder § 24 BauGB, welcher den
629 Gemeinden Vorkaufsrecht unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht.

630 Ein besonders problematischer, im Föderalismus zu betrachtender Aspekt ist die sogenannte
631 Zweckentfremdung von Wohnraum: Wohnungen werden nicht mehr zum dauerhaften Wohnen
632 genutzt, sondern als lukrative Einnahmequelle für Kurzzeitvermietung. Plattformen wie Airbnb
633 werben damit, Reisenden das Gefühl zu geben, „wie Einheimische“ zu wohnen. Die
634 kurzfristige Vermietung ganzer Wohnungen in beliebten Stadtteilen entzieht dem
635 Wohnungsmarkt dringend benötigten Wohnraum und treibt die Mietpreise nach oben. Laut
636 Eurostat machten solche Kurzzeitvermietungen über Onlineplattformen im Jahr 2022 fast ein

637 Viertel aller Beherbergungen in der EU aus – ein alarmierender Trend, der den Druck auf
638 städtische Wohnungsmärkte weiter verschärft. Während bezahlbarer Wohnraum Mangelware
639 ist, stehen gleichzeitig Wohnungen leer oder werden über die oben genannte Plattform
640 dauerhaft touristisch vermietet. Das treibt Mieten hoch, beschleunigt Gentrifizierungsprozesse
641 und verdrängt Menschen aus Innenstadtlagen. Auch entzieht dies dem Markt dringend
642 benötigte Mietwohnungen – häufig ohne wirksame Kontrolle oder Regulierung.

643 Im Bereich der Zweckentfremdung liegt die Kompetenz ebenfalls bei den Ländern bzw.
644 Kommunen. Hier werden Eigentümer*innen gesetzlich verpflichtet, Wohnraum tatsächlich zum
645 Wohnen bereitzustellen. In Städten wie Berlin, München oder Hamburg gibt es klare
646 Regelungen gegen Leerstand oder Umnutzung zu Ferienwohnungen. In vielen ländlichen
647 Regionen fehlen dagegen entsprechende Satzungen oder der politische Wille zur Umsetzung.
648 Der Deutsche Mieterbund NRW kritisiert, dass nur vergleichsweise wenige Städte und
649 Gemeinden eine Zweckentfremdungssatzung (oder „Leerstandssatzung“) erlassen haben.
650 Dadurch wird langfristiger Leerstand vielerorts nicht sanktioniert und so billigend in Kauf
651 genommen. Und wenn Sanktionen in Satzungen verankert sind, fallen diese oft so gering aus,
652 dass sich das Eingehen von Risiken für Eigentümer:innen lohnt.

653 In Nordrhein-Westfalen (NRW) ermöglicht das Wohnraumstärkungsgesetz den Kommunen,
654 gegen längerfristigen Wohnraumleerstand vorzugehen, wenn eine Wohnung mehr als sechs
655 Monate leer steht. Kommunen können dazu Zweckentfremdungssatzungen erlassen, die es
656 ihnen ermöglichen, gegen zweckentfremdeten Wohnraum vorzugehen und gegebenenfalls
657 Bußgelder zu verhängen. Das Wohnraumstärkungsgesetz NRW sieht vor, dass ein Leerstand
658 von bis zu sechs Monaten nicht als Zweckentfremdung gilt (z.B. § 12 WohnStG NRW in
659 Verbindung mit § 7 Kölner Wohnraumschutzsatzung). Steht Wohnraum jedoch länger als
660 sechs Monate leer, ist der Verfügungsberechtigte verpflichtet, dies dem Wohnungsamt
661 unverzüglich anzuzeigen (§ 17 WohnStG NRW).

662 **Leerstand erkennen und erfassen**

663 In Deutschland fehlt bis heute eine bundesweit einheitliche und verbindliche Erfassung von
664 Wohnungsleerstand. Stattdessen arbeiten Kommunen und Länder mit unterschiedlichen
665 Methoden, Erhebungszeiträumen und technischen Lösungen – etwa durch
666 Eigentümer*innenbefragungen, Stromzählerauswertungen oder digitale Beteiligungstools wie
667 den Leerstandsmelder. Viele Kommunen verzichten jedoch ganz auf eine strukturierte
668 Erhebung. Das führt dazu, dass es kaum belastbare und vergleichbare Daten über das
669 tatsächliche Ausmaß von Leerstand gibt. Eine systematische und flächendeckende Erhebung
670 ist aber dringend notwendig, um politischen Handlungsbedarf zu erkennen und leer stehenden
671 Wohnraum wieder nutzbar zu machen.

672 Als leerstehend gelten in der Regel Wohnungen, die weder vermietet noch vom Eigentum
673 selbst genutzt werden. Für die politische Steuerung ist besonders die Unterscheidung
674 zwischen *marktaktivem Leerstand* – Wohnungen, die sofort oder mittelfristig vermietbar sind –
675 und *dysfunktionalem Leerstand* – etwa durch rechtliche Streitigkeiten, Sanierungsstaus oder
676 problematische Eigentumsverhältnisse blockierte Objekte – entscheidend. Diese
677 Unterscheidung wird jedoch nicht in allen Statistiken konsistent getroffen.

678 Der Zensus 2022 liefert erstmals seit über einem Jahrzehnt wieder eine bundesweit
679 einheitliche Datengrundlage. Zum Stichtag 15. Mai 2022 wurden rund 1,9 Millionen
680 leerstehende Wohnungen gezählt – das entspricht 4,5 % des gesamten Wohnungsbestands.
681 Erfasst wurde, ob eine Wohnung unbewohnt ist, wie lange sie leer steht und welcher Grund
682 angegeben wurde. Eine klare Trennung in marktaktive und dysfunktionale Leerstände erfolgt
683 jedoch nicht. Der Zensus liefert zwar eine erste Orientierung, reicht jedoch nicht aus, um
684 fundierte politische Entscheidungen zu treffen – zumal er nur alle zehn Jahre erhoben wird
685 und keine kontinuierliche Datengrundlage schafft. In der Praxis setzen viele Kommunen viel
686 mehr auf Meldungen von Bürger*innen, denen potentieller Leerstand auffällt.

687 Auch Gewerbeflächen verzeichnen zunehmend Leerstand. Ein Trend, der sich seit der
688 Corona-Pandemie deutlich verstärkt hat. Während Wohnraum immer knapper wird,
689 stehen frühere Ladengeschäfte, Büros oder Praxen oft dauerhaft leer. Diese Flächen
690 sollten konsequenter in Strategien zur Umnutzung integriert werden, etwa für Wohnen,
691 soziale Angebote oder kulturelle Zwecke.

692 Zwar gibt es bereits vielversprechende Ansätze wie den Leerstandsmelder oder die
693 Stadtlabore für Deutschland, die digitale Beteiligung und datenbasierte
694 Stadtentwicklung erproben. Doch bislang beschränken sich solche Projekte meist auf
695 einzelne Städte oder Modellversuche.

696 Ein Beispiel für ein vorbildliches Vorgehen in einer Kommune ist hier etwa die Stadt
697 München, die bei der Erfassung von Leerstand neben Meldungen von Bürger*innen
698 eigene Beamt*innen einsetzt. Diese kundschaften verdächtige Immobilien aus und
699 prüfen, ob Zweckentfremdungen vorliegen. Laut der Stadt konnten durch diese
700 Maßnahmen im Jahr 2024 über 400 Zweckentfremdungen ausfindig gemacht werden.
701 Rechnungen zufolge wären bei einem Neubau von Wohnraum, der dem entspricht, über
702 170 Millionen Euro an Kosten erforderlich.

703 Um Leerstand nachhaltig zu begegnen, braucht es jedoch klare gesetzliche
704 Rahmenbedingungen, standardisierte Verfahren und den politischen Willen zur breiten
705 Umsetzung.

706 **Leerstand umfassender denken**

707 Nicht außer Acht gelassen werden sollten im Zusammenhang mit Leerstand die
708 Lebensumstände Obdach- oder Wohnungsloser Menschen. Allein in NRW galten 2024
709 122.000 Menschen als wohnungslos. Gleichzeitig stehen in jeder Stadt oder Gemeinde
710 nachts und am Wochenende tausende Büroflächen leer, darunter auch öffentliche
711 Verwaltungsgebäude und Parteibüros.

712 Das französische Projekt „Bureaux du Cœur“ zeigt, dass das anders geht: Seit 2020 öffnen in
713 Frankreich über 200 Unternehmen ihre ungenutzten Büros für wohnungslose Menschen, die
714 kurz vor einer gesellschaftlichen oder beruflichen Reintegration stehen. Die Betroffenen
715 erhalten dort Privatsphäre, Sicherheit und Würde, niedrigschwellig und unbürokratisch.

716 Bis heute wurden so über 40.000 Übernachtungen in Bürogebäuden, teils auch über
717 Partnerorganisationen wie Croix-Rouge oder Secours Catholique vermittelt. Auch Städte wie
718 Barcelona und Brüssel haben sich angeschlossen.

719 Ein vergleichbares Modell existiert in Deutschland bisher nicht. Dabei wäre der Bedarf hoch:

- 720 • Laut Statistischem Bundesamt waren 2022 über 370.000 Menschen in Deutschland
721 ohne eigene Wohnung registriert, viele davon sind auch dauerhaft obdachlos. Diese
722 Zahl steigt jährlich.
- 723 • Besonders betroffen sind Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, psychischer
724 Vorerkrankung, Frauen und INTA*- Personen und junge Erwachsene nach
725 Jugendhilfe.

726 Um dem strukturell zu begegnen, braucht es politische Initiative auf allen Ebenen. Wir
727 schlagen deshalb vor, das französische Modell zu übertragen und auszubauen. Erste
728 rechtliche Herausforderungen, insbesondere Versicherungs- und Haftungsfragen sind lösbar,
729 wie Frankreich zeigt: Dort wurden Sonderversicherungen etabliert und Zutrittszeiten klar
730 geregelt. In Deutschland wäre eine analoge Umsetzung etwa über Gruppenversicherungen
731 der öffentlichen Hand oder über kommunale Träger möglich.

732 **Wohnen für alle, statt Profite für Wenige! - unsere Forderungen**

733 Wohnraum ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Gerade junge Menschen,
734 Studierende, Auszubildende und Menschen mit niedrigem Einkommen sind die Leidtragenden
735 von durch Leerstand verstärktem Wohnraummangel. Die öffentliche Hand muss sich klar
736 gegen Marktversagen positionieren – mit sozialer Wohnraumförderung, klarer Regulierung
737 und konsequentem Schutz vor Verdrängung - und Vermieter*innen mehr in die Verantwortung

738 nehmen. Vor diesem Hintergrund und aus der o.g. Analyse ergeben sich folgende
739 Forderungen:

740 • **Bestehende rechtliche Möglichkeiten nutzen!**

- 741 ○ Der Föderalismus erlaubt maßgeschneiderte Lösungen vor Ort. Dennoch sind
742 eine wirksame Koordinierung sowie eine bundeseinheitliche Strategie zur
743 Bekämpfung von Leerstand notwendig. Das Bundesministerium für Wohnen,
744 Stadtentwicklung und Bauwesen hat bereits durch die "Handlungsstrategie
745 Leerstandsaktivierung" einen ersten Aufschlag gemacht, mit dem Ziel
746 leerstehende Wohnungen, Gewerberäume und Gebäude vor allem in den
747 strukturschwachen oder auch ländlichen Kommunen und Regionen wieder oder
748 erstmalig für den Wohnungsmarkt nutzbar zu machen. Dies kann jedoch nicht
749 die einzige Maßnahme bleiben.
- 750 ○ Gemeinden, Städte und Kommunen sollten gesetzlich bestehende Regelungen
751 z.B. im BauGB oder im WohnStG tatsächlich und verstärkt in Anspruch
752 nehmen. Etwa durch das Erlassen von Satzungen, die Sanktionen
753 ermöglichen.

754 • **Leerstand steuerlich bekämpfen!**

- 755 ○ Die sog. Spekulationsfrist des § 23 EStG gehört gestrichen.
- 756 ○ Schaffung einer bundesgesetzlichen Grundlage, die den Städten und
757 Kommunen rechts- und verfassungsfeste Instrumente an die Hand gibt, um
758 eine Leerstandssteuer dort einzuführen, wo sie gebraucht wird – vor allem in
759 angespannten Wohnungsmärkten.

760 • **Denkmalschutz darf kein Vorwand für Leerstand sein!**

- 761 ○ Eine bessere Verzahnung von Denkmalschutz und sozialer Stadtentwicklung
762 ist dringend notwendig, um die Nutzung denkmalgeschützter Gebäude zu
763 ermöglichen, statt sie zu verhindern.
- 764 ○ Pragmatische Ausnahmen von bestimmten Auflagen sollten ermöglicht
765 werden, wenn diese einer sozial oder ökologisch sinnvollen Nutzung
766 entgegenstehen.
- 767 ○ Die Denkmalbehörden sollten eine aktive Rolle bei der Wiederbelebung
768 leerstehender Gebäude übernehmen, beispielsweise durch gezielte Beratung,
769 Bereitstellung von Fördermitteln und die Priorisierung von Sanierungen mit
770 Wohnzweck.

771

772

- 773
- 774 • **Leerstand sichtbar machen - eine bundeseinheitliche Datenerfassung jetzt!**
 - 775 ○ Um den Leerstand transparent zu machen, ist jetzt eine bundeseinheitliche
 - 776 Datenerfassung erforderlich. Dazu sollte ein bundesweites Leerstandsregister
 - 777 eingeführt werden, das eine einheitliche Definition, eine standardisierte
 - 778 Erhebungsmethodik sowie eine Meldepflicht ab einer Leerstandsdauer von drei
 - 779 Monaten, spätestens jedoch von sechs Monaten, vorsieht.
 - 780 ○ Eigentümer*innen sollten verpflichtet werden, bei der Meldung den
 - 781 Leerstandsgrund sowie den Zustand der Immobilie anzugeben.
 - 782 ○ Eine digitale Infrastruktur zur systematischen Erfassung, Verarbeitung und
 - 783 Veröffentlichung der Leerstandsdaten auf kommunaler Ebene muss aufgebaut
 - 784 werden.
 - 785 ○ Bund und Länder sollten die Kommunen finanziell und technisch beim Aufbau
 - 786 entsprechender Systeme sowie bei der regelmäßigen Aktualisierung der Daten
 - 787 unterstützen.
 - 788 ○ Darüber hinaus sollten Beamt*innen eingesetzt werden, die gezielt Leerstand
 - 789 aufspüren.
 - 790 ○ Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen wie dem
 - 791 „Leerstandsmelder“ sollte verstärkt werden, um die amtliche Datenbasis
 - 792 sinnvoll zu ergänzen.
 - 793 • **Geeignete Büroräume wohnungs- und obdachlosen Menschen nicht**
 - 794 **vorenthalten!** Leerstand darf kein Normalzustand sein, insbesondere dann, wenn
 - 795 Menschen draußen schlafen. Büros sind kein Zuhause, aber sie können ein
 - 796 vorübergehender Schutzraum sein. Als SPD und Jusos haben wir die Mittel, Strukturen
 - 797 und Verantwortung, um das möglich zu machen.
 - 798 ○ Wir fordern daher die Einführung einer Organisation, die Zwischenunterkünfte
 - 799 nach dem Vorbild “Bureaux Cœur“, angepasst an deutsches Recht.
 - 800 Insbesondere sollten rechtssichere Rahmenbedingungen garantiert und
 - 801 Versicherungs- und Sicherheitsrahmenkonzept erstellt werden.
 - 802 ○ Die SPD-Parteizentrale sowie die SPD-Büros auf allen Ebenen stellen selbst
 - 803 Büroräume bereit und unterstützen die Einrichtung eines bundesweiten
 - 804 Koordinierungsvereins nach französischem Vorbild.